

# Die Oktoberrevolution und ihre Folgen: Rückblicke auf die Gegenwart

Eine Veranstaltungsreihe des DRA e.V.



**Die Arbeitsgruppe Geschichte beim DRA e.V. wurde zu Beginn des Jahres 2017 gegründet. OsteuropahistorikerInnen und -expertInnen schlossen sich mit dem Ziel zusammen, gemeinsam die Kenntnisse zur Geschichte Osteuropas – und insbesondere zu dessen Zeitgeschichte – zu erweitern.**

Das Jahr 2017 erwies sich dafür als besonders geeignet, da es – besonders was die Geschichte Russlands anbelangt – ein Jahr vielfältigen Gedenkens war. Im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung standen dabei eindeutig die Russischen Revolutionen. Mit der Ablösung der Zarenmonarchie in der Februarrevolution und dem anschließenden Ringen um eine neue Ordnung, das die Oktoberrevolution zur Folge hatte, kam es zu einem Umbruch mit weltumspannenden Auswirkungen. Die Machtübernahme der Bolschewiki in der Hauptstadt Petrograd im November 1917 führte zu einem blutigen Bürgerkrieg in ganz Russland, aus dem die bolschewistische Bewegung als Sieger hervorging. So wurde die Implementierung eines auf Gewalt und Unterdrückung basierenden kommunistischen Herrschaftssystems möglich.

Dank der großzügigen Förderung durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur konnte die Arbeitsgruppe Geschichte die fünfteilige Veranstaltungsreihe „Die Oktoberrevolution und ihre Folgen: Rückblicke auf die Gegenwart“ durchführen. Diese Broschüre soll die Intentionen, die Ziele und die Ergebnisse dieser Reihe aufgreifen und so als eine Dokumentation der Veranstaltungen dienen.

Mit Hilfe von Diskussionsveranstaltungen, Tagungen und dem Austausch von Fachkräften möchte die Arbeitsgruppe auch in Zukunft anhand ausgewählter Themenschwerpunkte Akzente setzen.

---

Ziel der Veranstaltungsreihe war es, einen erweiterten Horizont auf die (Alltags-)Geschichte des postsowjetischen Raums zu eröffnen, um das Verständnis dafür zu stärken, dass die Gründe für die derzeitige europa- und weltpolitische Spannungslage mit Russland auch in dessen kommunistischer Geschichte zu suchen sind. Diese nahm mit den russischen Revolutionen des Jahres 1917 ihren Anfang und deren Verarbeitung ist sowohl innerhalb als auch außerhalb Russlands bis heute nicht abgeschlossen.

Im Rahmen der Reihe wurde die Diskussion von Themen ermöglicht, die bei der Betrachtung des kommunistischen Experimentes häufig nur am Rande Erwähnung finden. Ziel war es, die weniger beachteten Aspekte der Kommunismusforschung auszuleuchten. Erst jüngst wurde in der Forschung der Fokus stärker auf den sozialen Aspekt und das Leben im kommunistischen Herrschaftssystem der Sowjetunion gelegt. Daher wurden im Rahmen der Reihe verschiedene alltagsrelevante Themen der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetunion thematisiert.

Diese Fragen wurden in fünf Veranstaltungen diskutiert, die sich 1. mit der Erinnerung an die Oktoberrevolution, 2. mit dem „Sowjetmenschen“, 3. mit der autoritären Modernisierung in der Sowjetunion und im heutigen Russland, 4. mit dem ambivalenten Gedenken an die Repressionen und 5. mit dem Blick auf die Sowjetunion als Kolonialstaat befassten. Um einen transnationalen Horizont auf die einzelnen Teilaspekte zu eröffnen, wurden zu allen Veranstaltungen ExpertInnen aus Deutschland sowie aus den postsowjetischen Ländern zusammengebracht, da für eine umfassende Betrachtung sowohl die Binnenperspektive als auch ein Blick von außen unabdingbar ist.

---

# 1

## Die Oktoberrevolution und ihre Folgen – Rückblicke auf die Gegenwart

### Moderation:



Anke Giesen



### Referenten:



Jan Claas Behrends



Zaal Andronikashvili



Ekaterina Makhotina

In der ersten Veranstaltung der Reihe am 10. Mai 2017 wurde die übergreifende Frage diskutiert, wie die russischen Revolutionen des Jahres 1917 heute historisch einzuordnen sind. Darüber, wie an diese tief greifenden Ereignisse anlässlich ihres hundertsten Jahrestages im öffentlichen und privaten Rahmen in Russland und anderen einst sowjetisch beherrschten Staaten erinnert wird, diskutierten Jan Claas Behrends (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam), Zaal Andronikashvili (Zentrum für Literatur- und Kulturforschung, Berlin) und Ekaterina Makhotina (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn) unter der Moderation der Slavistin Anke Giesen (Otto-von Guericke-Universität Magdeburg).

Jan Claas Behrends widmete sich ausführlich der historischen Einordnung der beiden russischen Revolutionen von 1917 aus der Perspektive der deutschen Geschichtswissenschaft. Dabei stellte er die These auf, dass die russischen Revolutionen von 1917 unvollendet geblieben seien, weil ihre Ziele nicht erreicht wurden: Zum einen werde Russland



Die Referenten diskutieren angeregt auf dem Podium  
Foto: Felix Breitzkreuz

nach wie vor auf eine autokratische Weise regiert, denn der gegenwärtige Präsident Wladimir Putin sei in der gleichen Weise Autokrat wie jeglicher Zar oder Generalsekretär seit Peter I. vor ihm. Ähnlich wie 1917 erscheine dies weiterhin als natürlich, da es kaum realistische Ideen einer alternativen Ordnung gebe. Nach wie vor gebe es keinen Mechanismus, der den Übergang der Macht von einem Staatschef auf seinen Nachfolger durch freie Wahlen regle.

Zum anderen unterstrich Behrends, dass der Modernisierungsrückstand gegenüber dem Westen bis heute das dringendste Problem in Russland darstelle. Der Versuch der Bolschewiki, Russland mit totalitären Methoden zu modernisieren, habe zwar viele Fabrikrüinen, aber wenige auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähige Industrien hervorgebracht. Die Versuche, die Wirtschaft ab 1990 zu diversifizieren, seien in weiten Teilen des Landes gescheitert. Stattdessen besetzten Vertreter der Sicherheitsorgane und lokaler Seilschaften aus der spätsozialistischen Zeit sowie Oligarchen die Machtpositionen in Wirtschaft und Verwaltung und blockierten Veränderungen auf der nationalen wie der lokalen Ebene. Somit werde eine effektive lokale Selbstverwaltung, eines der Hauptziele der liberalen Bewegung in Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts, immer noch von einem ineffektiv regierenden Zentrum behindert. Das bedeute wiederum, dass – auch in Folge des Mangels an öffentlicher

Diskussion – die grassierende Korruption nicht in den Griff zu kriegen sei. Somit werde die nach wie vor bestehende gravierende soziale Ungleichheit innerhalb der russischen Gesellschaft – einer der Hauptgründe für die Revolutionen von 1917 – weiter zementiert.

Ekaterina Makhotina führte in ihren Beiträgen den derzeitigen Umgang mit der Erinnerung an die Revolution in Russland aus. So gebe es von Seiten der Regierung keine gezielten Initiativen, diesen Gedenktag breit zu begehen. Man habe den während der Sowjetzeit groß gefeierten Revolutionsfeiertag am 7. November abgeschafft und stattdessen den „Tag der Einheit des Volkes“ am 4. November eingeführt – einen Gedenktag, der sich auf das als „Befreiung“ interpretierte Ende der polnisch-litauischen Besatzung Moskaus im Jahre 1612 beziehe. Dies habe damit zu tun, dass sich nach dem Zerfall der Sowjetunion in den verschiedenen ehemaligen Republiken so genannte „bunte Revolutionen“ ereignet hätten, die zum Teil mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen und dramatischen Machtwechseln einhergegangen seien. Dies seien aber Entwicklungen, die die Machthaber in Russland um jeden Preis hätten vermeiden wollen, weswegen staatlicherseits versucht werde, statt der Erinnerung an die Revolution eher die Wertschätzung der die Gesellschaft einende Kraft der wiederhergestellten staatlichen Ordnung im Anschluss an die Revolution zu befördern. Da sich nach wie vor aber noch weite Kreise der Gesellschaft der kommunistischen Partei verbunden fühlten und diese das ehrende Gedenken an die „Große Oktoberrevolution“ pflegten, könne das Jubiläumsjahr auch nicht völlig ignoriert werden. So gebe es zwar hier und da eine Ausstellung zum Thema, die russische Revolution werde dort aber nicht mehr wie früher als das zentrale Ereignis der russischen Geschichte bewertet. Diese Position werde mit den 9. Mai, dem Sieg über den Faschismus im „Großen Vaterländischen



*Rund 30 interessierte Gäste folgten der Podiumsdiskussion*  
**Foto:** Felix Breitzkreuz

Krieg“, besetzt. Für die Betonung der erinnerungskulturellen Bedeutung dieses Datums werde staatlicherseits immer mehr Engagement aufgewendet.

Zaal Andronikaschwili konzentrierte sich in seinen Beiträgen auf die Situation in Georgien. So habe sich Georgien nach der Oktoberrevolution am 26. Mai 1918 für unabhängig und zu einer demokratisch verfassten Republik erklärt, die von Sozialdemokraten regiert worden sei. Erst am 16. Februar 1921 sei die Demokratische Republik Georgien von der Roten Armee besetzt und in die Sowjetunion eingegliedert worden. Das Land habe sich 1991 – auch in Zusammenhang mit dem Erstarren der Unabhängigkeitsbewegung, die sich während der späten Sowjetzeit in Georgien gebildet habe – am 9. April, noch vor dem Augustputsch, für unabhängig erklärt. Entsprechend sei die Erinnerung an die Oktoberrevolution in Georgien von Ambivalenzen geprägt. Sie habe zwar die Gründung der ersten unabhängigen georgischen Republik ermöglicht, aber auch den erneuten Zwang unter die Herrschaft Moskaus zur Folge gehabt. Diese sei dann wiederum über lange Jahre von dem Georgier Josef Dschugaschwili, genannt Stalin, ausgeübt worden, der zum einen in Georgien wegen seines Terrors verurteilt, zum anderen aber als Landsmann, der sich zum Herrscher einer Supermacht aufgeschwungen habe, immer noch verehrt werde.

# 2

## Der neue Mensch in der Sowjetunion?

### Moderation:



Irina Knyazeva



### Referenten:



Lev Gudkov

Die zweite Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem für seinen Osteuropa-Schwerpunkt bekannten Kino Krokodil am 28. Juni 2017 hatte die mit dem Aufbau des Kommunismus verbundene Utopie zum Thema, auf deren Grundlage man den so genannten „Neuen Menschen“ schaffen wollte. Als Gesprächspartner war der bekannte russische Soziologe und Direktor des Moskauer Levada-Zentrums Lev Gudkov eingeladen.

Es wurde mit der Vorführung von drei Kurzfilmen begonnen, anhand derer die filmischen Utopien jener Aufbruchsjahre in der Gründungsphase der Sowjetunion deutlich wurden: Der Dokumentarkurzfilm „**Film-Wahrheit Nr. 18**“ aus dem Jahre 1924 von Dsiga Wertow, der Zeichentrickfilm „**Der schreckliche Wawila und Tante Arina**“ aus dem Jahre 1928 von Nikolai Chodatajew und Olga Chodotajewa und der Ton-Puppentrickfilm „**Beherrscher des Alltags**“ aus dem Jahre 1932 von Aleksandr Ptuschko und Nikolai Renkow.

In dem anschließenden von der Historikerin Irina Knyazeva moderierten Gespräch mit Lev Gudkov wurde zunächst

diskutiert, in welchem Verhältnis das Idealbild des „Neuen Menschen“, das in den Kurzfilmen transportiert wurde, zur Lebensrealität der Menschen stand.

Gudkov beschrieb das auf die Zukunft ausgerichtete Projekt des „Neuen Menschen“ als eine plakative Losung, die als Orientierung dienen sollte und auf totalitären Institutionen basierte. Bereits in den 1950er Jahren sei jedoch deutlich geworden, dass sich das Projekt vom Neuen Menschen nie werde realisieren lassen. Daraus habe sich eine unausgesprochene Übereinkunft zwischen Staat und BürgerInnen ergeben, die sich z.B. in Phrasen ausdrückte wie: „Wir tun so, als ob wir arbeiten – sie tun so, als ob sie uns bezahlen“. An der Entwicklung der Filmkunst – aber auch anderer Künste – könne man im Laufe der sowjetischen Geschichte deutlich ablesen, wie das ursprüngliche Bild des idealen Menschen sich immer mehr verwaschen und zunehmend menschlichere Züge angenommen habe.

Die präsentierten Kurzfilme zeigten laut Gudkov zwar künstlerisches Talent und idealistische Losungen, aber keine realen Zustände oder spürbare Verbesserungen im Leben der Menschen. Wichtig sei, hier nicht zu vergessen, dass die großen gesellschaftlichen Umbrüche wie die Industrialisierung vor allem durch Zwang und Gewalt erreicht worden seien und nicht durch gekonnte Agitation.

Im zweiten Teil der Diskussion wurden die Nachwirkungen des sowjetischen Erziehungsregimes diskutiert. Laut Gudkov hatte dieses gesellschaftspädagogische Massenexperiment die Herausbildung eines bestimmten Menschentypus – des so genannten „Homo sovieticus“ – zur Folge, dem bestimmte Eigenschaften zu eigen seien und dessen Verhaltensmuster bis heute Einfluss auf die gesellschaftlichen Realitäten der postsowjetischen Staaten ausübten.

**Links:** Irina Knyazeva  
im Gespräch mit  
Lev Gudkov  
**Foto:** Christoph  
Meißner



**Rechts:** Szene aus dem  
Film „Der schreckliche  
Wawila und Tante  
Arina“



Zu den wichtigsten Eigenschaften dieses Typus, deren Kenntnis für das Verständnis der postsowjetischen Gesellschaften zentral sei, zählte Gudkov:

- Der Rückzug ins Private: Da alles Staatliche mit Zwang und Betrug verbunden gewesen seien, hätten die BürgerInnen zahlreichen Rückzugsstrategien entwickelt. So sei die Gesellschaft fragmentiert gewesen, indem öffentliches und privates Leben stark von einander abgegrenzt gewesen sei und alle Aufmerksamkeit dem eigenen Alltag, der Familie und Freunden gegolten habe.
- Gleichmacherei: Der Anspruch, dass alle gleich viel bzw. wenig zu bekommen hätten, bedeutete auch, dass alles Neue und Ungewöhnliche abgelehnt worden sei.
- Imperiales Bewusstsein: Die Gefühle von Abhängigkeit und Unterlegenheit gegenüber dem Staat sei durch die Identifikation mit dessen Übermacht kompensiert worden. So hätte man sein Selbstbewusstsein daraus bezogen, dass man BürgerIn einer der beiden Supermächte der Welt gewesen sei. Diese Haltung drücke sich bis heute in dem Sprichwort „...dafür machen wir Raketen“ aus.

Doch die Erwartungen, dass die oben aufgeführten Eigenschaften nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in einem neuen System gänzlich verschwinden würden, hätten sich nicht erfüllt. Dies habe sich insbesondere in den Umfragen des Levada-Zentrums in den 1990er Jahren gezeigt,



*Das Kino Krokodil war  
mit 110 Gästen bis  
auf den letzten Platz  
gefüllt.  
**Foto:** Christoph  
Meißner*

in deren Rahmen der Frage nachgegangen worden sei, wie sich der Alltag im neuen System auf die junge Generation der 1980er Jahre auswirkt habe. Als diese Generation in das Berufsleben eingestiegen sei und Familien gegründet habe, habe auch sie sich den herrschenden Regeln beugen müssen, die u.a. von Korruption und einem unzuverlässigen Rechtssystem geprägt gewesen seien. Diese Erfahrung habe zu einer zynischen Grundeinstellung geführt. Um diesen Zynismus zu kompensieren, werde eine nostalgische Forderung nach einer teilweisen Rückkehr zum sowjetischen Projekt gestellt, die sich durch eine nationalistische Grundhaltung und spezifische postsowjetische imperiale Vorstellungen auszeichne. Gudkovs Prognose für die Zukunft ist nach seinen eigenen Worten weder optimistisch noch pessimistisch, sondern „realistisch“: das Wachsen demokratischer Strukturen brauche Zeit und 25 Jahre reichten dafür bei weitem nicht aus.

# 3

## Die Autoritäre Modernisierung in Russland: gestern und heute

### Moderation:



Tatjana Kuhn



### Referenten:



Robert Kindler



Dmitri Travin

In der dritten Veranstaltung am 13. September 2017 gingen der Historiker Robert Kindler (Humboldt Universität zu Berlin) und der Wirtschaftswissenschaftler Dmitri Travin (Europäische Universität Sankt-Petersburg) in einem von der Politikwissenschaftlerin Tatjana Kuhn moderierten Podiumsgespräch folgenden Fragen nach: **Was ist autoritäre Modernisierung? Was bedeutet sie für die Gesellschaft, für Bürgerinnen und Bürger? Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen der Sowjetunion und dem heutigen Russland in den Versuchen, die zur Entwicklung des Landes unternommen werden?**

Kindler und Travin stimmten in der Feststellung überein, dass der Begriff der Modernisierung nicht einfach zu fassen sei. Es gebe jedoch gewisse Beschreibungsmerkmale, die die Modernisierungstheorie seit der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts entwickelt habe. Dazu zählten Marktwirtschaft, Industrialisierung, Bürokratie sowie ein demokratisches System. Im Falle der autoritären Modernisierung, wo über die gesellschaftliche Entwicklungsrichtung zentral entschieden



Die Diskussion wurde ins Publikum geöffnet, was interessante Fragen hervorrief.  
**Foto:** Irina Knyazeva

werde, komme es hingegen zu Verzerrungen, Asymmetrien und nicht selten auch zu hohen Kosten für die jeweilige Bevölkerung. Travin veranschaulichte dies am Beispiel der frühen Sowjetunion, als die Schwerindustrie auf Kosten der Bauernschaft entwickelt wurde. Er hob weiterhin hervor, dass Stalins Modernisierungsversuche mehr Probleme als Lösungen für das Land verursacht hätten. Der forcierte Aufbau der Industrie habe in erster Linie im Dienste der überzogenen Aufrüstung der Streitkräfte gestanden. Nach dem Kalten Krieg und dem Zerfall der Sowjetunion habe sich diese Entwicklung als fatale und ineffiziente Fehlinvestition entpuppt. Mit diesem und weiteren Beispielen hob der Wirtschaftswissenschaftler die mörderische Kehrseite von Stalins Modernisierungsbestrebungen hervor, die Millionen Menschen das Leben gekostet sowie einen Großteil der Reformen in den 1990er Jahren nötig gemacht hätten.

Auch Robert Kindler betonte, dass die sowjetische Modernisierung trotz gewisser Errungenschaften – wie einem

höheren Bildungsniveau und einem gestiegenen Grad von Industrialisierung – besonders im Zuge ihrer Umsetzung mittels Repressionen und der Forderung von absoluter Loyalität gegenüber dem Staat – insgesamt zu hohe Kosten verursacht hätte: so z.B. den Verlust der traditionellen Eliten, deren Kompetenzen anschließend bei der Entwicklung des Staates gefehlt hätten. Als einer der Gründe, warum



*Rund 60 Besucher folgten den Ausführungen von Dmitri Travin gebannt.*  
**Foto:** Irina Knyazeva



Stalin immer noch positiv von vielen VertreterInnen der russländischen Gesellschaft bewertet werde, nannte Kindler den Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, der in der kollektiven Erinnerung sehr eng mit Stalin verbunden sei. Außerdem seien noch viele der in der Sowjetzeit aufgebauten Industrieanlagen und Kombinate bis heute in Betrieb. Auch wenn diese wirtschaftlich ineffizient gewesen oder es noch bis heute seien, würden mit diesen Betrieben individuelle wie kollektive Erinnerungen verknüpft.

Beide Experten waren sich daher einig, dass auch die Modernisierungsanstrengungen im heutigen Russland einen autoritären Charakter hätten – genauso wie einst die sowjetischen. Dmitri Travin stellte die These auf, dass die Regierung und der Präsident in die Entwicklung der Armee und in Sicherheitskräfte investierten, da dort schnelle Ergebnisse zu erzielen seien und diese zudem als Machtressource dienten. Dringend benötigte Bildungsinvestitionen würden hingegen vernachlässigt, was wohl der Tatsache

geschuldet sei, dass diese Investitionen erst nach Jahren sichtbar würden bzw. sich auszahlten. Auch Robert Kindler unterstrich, dass die autoritäre Modernisierung im heutigen Russland nicht an der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung ausgerichtet sei, sondern dem politischen Machterhalt und der unmittelbaren gesellschaftlichen Stabilisierung diene.

Travin und Kindler stellten dementsprechend eine wenig positive Prognose für Russlands Zukunft. Auch wenn es progressive Programme und Projekte für Modernisierung gebe, mangle es bei der Implementierung an echtem Regierungsinteresse. Als Beispiel nannte Travin die neue wirtschaftliche Entwicklungsinitiative des ehemaligen Finanzministers Alexei Kudrin, die sowohl die Senkung von Rüstungsausgaben, die Steigerung von Bildungsinvestitionen als auch die Anwerbung ausländischer Investitionen vorsieht. Letzteres sei vor allem wegen der Wirtschaftssanktionen und der staatlichen Missachtung von Eigentumsrechten derzeit nicht umzusetzen. Verbesserungen seien solange nicht in Sicht, solange rechtsstaatliche Prinzipien nicht angewandt würden. Erst mit einem verlässlichen Rechtsstaat würden Wirtschaftswachstum und nachhaltige Modernisierung möglich. Travin ging daher für die kommende Zeit von einer weiteren wirtschaftlichen Stagnation in Russland aus, die mit einer verschärften autoritären Politik sowie anhaltender Auswanderung hoch qualifizierter Fachkräfte einherginge: „In Russland gibt es für solche Menschen nur Schwierigkeiten, während der Westen ihnen Möglichkeiten bietet“, unterstrich Travin am Ende der Diskussion.



# 4

## Das ambivalente Gedenken an die Repressionen

### Moderation:



Anke Giesen

### Referenten:



Roman Romanov



Marit Cremer



Iskander Giljasov



Heike Blümel



Gemeinsam mit MEMORIAL Deutschland e.V. wurde am 5. Oktober 2017 eine Diskussion über das Gedenken an die stalinistischen Repressionen durchgeführt. Auf dem Podium trafen sich Roman Romanov, der Leiter des Moskauer Museums für die Geschichte des Gulags, Marit Cremer, die Leiterin des MEMORIAL-Projekts "Im Gespräch: Die Kinder der Generation Gulag" sowie Iskander Giljasow (Kasan) und Heike Blümel (Braunschweig), deren Väter mehrjährige Haftstrafen in Lagern des Gulag-Systems hatten absitzen müssen. Das Gespräch moderierte die Slavistin Anke Giesen (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg).

Die ReferentInnen tauschten sich auf dem Podium darüber aus, wie sich gegenwärtig die Erinnerung an das Gulag-System in Russland und Deutschland gestaltet - wobei man sich in Bezug auf Deutschland einig war, dass diese nicht im nationalen Gedächtnis verankert sei. Im Falle Russlands hingegen wurde die schon im Veranstaltungstitel angesprochene Ambivalenz von Verdrängen und Erinnern konstatiert. Roman Romanov meinte jedoch, in Bezug auf die Ausweitung der Erinnerung eine positive Entwicklung

feststellen zu können. Er machte dies an der 2015 ausgearbeiteten staatlichen „Konzeption für die Verewigung des Gedenkens an die Opfer der politischen Repressionen“ fest, vor deren Hintergrund man in Moskau ein Denkmal für die politisch Verfolgten der Sowjetzeit errichtet habe. Diese so genannte „Mauer der Trauer“ werde am 30. Oktober 2017, dem Tag des Gedenkens an die politischen Repressionen, enthüllt. Was die neu aufgestellten Stalindenkmäler angeht, handele es sich dabei zwar um private Initiativen, jedoch gebe es auch kein staatliches Verbot.

Iskander Giljasow betonte die persönliche Bedeutung des Themas „Gulag“ und ging dabei auf die Biografie seines Vaters ein, der nach der Entlassung aus dem Lager nur ungern über seine Haft gesprochen habe. Nach dem Ende der Sowjetunion sei der Vater an die Orte des Schreckens nach Kasachstan zurückgekehrt und sei bitter enttäuscht gewesen, dass dort keine Erinnerungsorte oder Denkmäler entstanden seien. Im Gegensatz zu Romanov sprach sich Giljasow nur vorsichtig optimistisch zur Gedenkkultur aus, denn eine Gesellschaft erinnere sich nach seiner Einschätzung nur sehr ungern an die dunklen Kapitel der Vergangenheit.

Heike Blümel skizzierte auch das Schicksal ihres Vaters, der in der Sowjetischen Besatzungszone Flugblätter für die Liberaldemokratische Partei (LDPD) gedruckt hatte. Er sei



**Bild links + rechts:**  
Heike Blümel, Roman Romanov und Marit Cremer im Gespräch  
**Foto:** Ragna Vogel

dafür verhaftet, dann zu vier Mal 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und in ein sowjetisches Arbeitslager nach Workuta überführt worden. Für ihn sei es ein persönliches Drama gewesen, dass, nachdem er nach Deutschland zurückgekehrt war, keiner Kenntnis gehabt habe von solchen Schicksalen wie dem seinen und es auch in der bundesrepublikanischen Gesellschaft kein Thema gewesen sei. Heike Blümel zeigte sich auch mit der heutigen Situation in Deutschland in Bezug auf das Gulag-Gedenken unzufrieden.

Weiterhin wurde in der Runde das Verhältnis zu den Tätern diskutiert, wobei die Nachkommen der Gulag-Insassen eher auf eine Anerkennung des Schicksals ihrer Eltern drängten als auf eine Verurteilung der Täter. Roman Romanov verwies darauf, dass in jüngster Zeit in Russland vor allem von der Gesellschaft Memorial Anstrengungen unternommen würden, auch die Namen der Täter zugänglich zu machen. Das Wissen über die Taten, so Romanov, sei eine Voraussetzung für die Anerkennung der Leiden der Opfer.



*Die Moderatorin Anke Giesen im Gespräch mit Iskander Giljasow und Heike Blümel*  
**Foto:** Ragna Vogel

In der abschließenden Diskussion um das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft bei der Aufarbeitung der Repressionen in Russland stand vor allem „Perm-36“ im Mittelpunkt. Die einzige russische Gulag-Gedenkstätte am Ort eines ehemaligen Straflagers wurde vor nunmehr vier Jahren aus der Trägerschaft einer zivilgesellschaftlichen Organisation in die Hände des Staates überführt. Im Zuge dessen wurden Archiv und Bestände der ursprünglichen AkteurInnen konfisziert und die vor Ort vermittelten Narrative laut dem regionalen Kulturminister „objektiviert“ – die Gedenkstätte für die Opfer der Repressionen wurde so faktisch zu einem Museum für den sowjetischen Strafvollzug. Romanov trat für den Dialog zwischen alter und neuer Leitung ein und sagte, dass er solange nicht nach Perm fahren werde, solange der Dialog nicht eingesetzt habe.

## Moderation:



Christoph Meißner



## Referenten:



Vladislav Inozemtsev

**Ob die Sowjetunion ein Kolonialstaat war und wie weit die koloniale Perspektive erhellend für das Verständnis der Beziehungen zwischen verschiedenen Nachfolgestaaten der UdSSR sein könne, diskutierten am 23. November 2017 im Rahmen der fünften Veranstaltung der Reihe der russische Ökonom und Soziologe Vladislav Inozemtsev (Direktor des Zentrums für Studien zur postindustriellen Gesellschaft, Moskau) und der ukrainische Historiker Andrii Portnov (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) unter der Moderation von Christoph Meißner (Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst).**



Andrii Portnov

In seinem kurzen Vortrag hob Inozemtsev hervor, dass Expansion immer eine zentrale Rolle in der Geschichte Russlands gespielt habe. Die russische Expansion sei allerdings nicht einzigartig, sie ähnele der Ausdehnung der übrigen europäischen Großreiche, die historisch parallel stattgefunden habe: Während im frühen 16. Jahrhundert die Europäer Amerika entdeckten, überschritten die Moskowiter den Ural. In Bezug auf den Titel der Veranstaltung sei ihm aber die Un-

terscheidung zwischen Kolonien und Besitzungen wichtig. Während die Kolonien erobert und anschließend besiedelt worden seien, seien Besitzungen Territorien, die von europäischen Mächten militärisch kontrolliert und verwaltet worden seien, ohne dass eine nennenswerte Umsiedlung von Europäern dorthin stattgefunden habe. In der europäischen Kolonialgeschichte seien beide Expansionsformen vorgekommen und dies treffe auch für Russland zu. Ein wichtiger Unterschied zu Europa bestehe aber darin, dass es im Russischen Imperium keine klaren Grenzen zwischen Zentrum und Peripherie, d.h. zwischen dem Staat, der die Kolonialmacht ausübte, und den Kolonien bzw. Besitzungen gegeben habe. Diese Besonderheit sei auch in der Sowjetunion bestehen geblieben, wodurch die Grundlage für politisches Konfliktpotenzial nach ihrer Auflösung gelegt worden sei.

Andrii Portnov betonte, dass es besonders bei diesem Thema wichtig sei, zwischen „russisch“ (russ. russkij), das sich auf Kultur und ethnische Zugehörigkeit bezöge, und „russländisch“ (russ. rossijskij), das auf den Staat verweise, zu unterscheiden und zu fragen, was von beidem denn gemeint sei, wenn vom zaristischen Imperium die Rede sei. Die genauere Betrachtung der Geschichte der Sowjetunion und des „Russischen“ bzw. „Russländischen“ Reiches könne helfen, die Zusammenhänge zwischen Zentrum und Peripherie – also Moskau und den Kolonien – sowie die Beziehungen der verschiedenen Nachfolgestaaten untereinander besser zu verstehen. Inozemtsev verwies auf den Umstand, dass Moskau tatsächlich von Kiew aus gegründet und als eine Siedlungskolonie aufgebaut worden sei. „Russland“ als Begriff sei erst Mitte des 16. Jahrhunderts entstanden, als unter der Macht Moskaus die drei historischen Zentren Kiew, Nowgorod und Moskowien vereinigt worden seien. Mit dem Zerfall der Sowjetunion habe Russland mit Kiew eines sei-

*Christoph Meißner im Gespräch mit Vladislav Inozemtsev und Andrii Portnov*  
**Foto:** Irina Knyazeva



ner wichtigsten historischen Zentren verloren. Russland sei ohne die Ukraine aber letztlich auf Moskau reduziert und werde somit von seinen BürgerInnen als unvollständig wahrgenommen, weswegen die Einstellung der heutigen Eliten in Moskau gegenüber Kiew nicht neutral sein könne. Portnov hob hervor, dass es wichtig sei, die Gründe der enormen Expansion Moskauens zu verstehen: Warum sei es kaum einem anderen Staat gelungen, ein ähnliches Imperium aufzubauen? Für Inozemtsev beginnt die Geschichte der Expansion Moskauens im Anschluss an das Ende der Mongolenherrschaft über die russischen Fürstentümer. Der erfolgreiche Befreiungskampf gegen die Mongolen habe zugleich die Eroberung eurasischer Territorien ermöglicht. Die Russen hätten die Herrschaftsmethoden sowie das komplexe Verwaltungssystem von den Mongolen übernommen, was zum Aufstieg des Russischen Reiches geführt habe. Die Sowjetunion, die nach den mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk einhergehenden Gebietsverlusten die ursprünglichen Grenzen des Russischen Imperiums fast vollständig wiederhergestellt und dessen imperiale Elemente weiter fortgeführt habe, hätte allerdings den Staatsaufbau einer „Föderation“ innegehabt. Somit hatten ihre Republiken zumindest formal das Recht, aus der Union auszutreten.

Dass dies jedoch letztlich nicht vorgesehen gewesen sei, sei laut Portnov aber daran erkennbar gewesen, dass eine klare und feste Grenzziehung zwischen den Sowjetrepubliken nicht durchweg existiert habe. Auch seien diejenigen, die den Föderalismus ernst genommen hätten, und sich für den Austritt ihrer Republiken stark gemacht hätten, bereits in den 1930er Jahren hingerichtet worden. Zudem hätten die aus dem Zentrum gesteuerten Institutionen wie die Sowjetarmee, die Kommunistische Partei und das Komitee für Staatssicherheit föderationsübergreifend Macht ausgeübt.

Was den Zerfall der Sowjetunion angeht, war dieser laut Inozemtsev ein normaler Prozess der Dekolonisierung, der jedoch von beiden Seiten – Zentrum wie Peripherie – betrieben wurde. Der Prozess der Auflösung des Imperiums sei auch heute noch nicht abgeschlossen und stelle eine Gefahr für andere Länder dar. Portnov vertrat die Position, dass der Zerfall der Sowjetunion auf mehrere Faktoren zurückzuführen sei, insbesondere aber auf die wirtschaftliche und die machtpolitische Krise. Niemand habe den Zerfall der Sowjetunion und die Entstehung souveräner Staaten aus den Unionsrepubliken – und zwar entlang der durch die UdSSR definierten Grenzen – vorausgesehen. Obwohl dieser Zerfall 1991 vergleichsweise friedlich verlaufen sei, sei in Bezug auf die Nachfolgestaaten der UdSSR das Konfliktpotenzial, das im spezifisch sowjetischen „Föderalismus“ seinen Ursprung habe, weiterhin hoch. Man stimme darin überein, dass sich dies derzeit nicht zuletzt auf der Krim, in der Ostukraine oder in Gebieten wie Abchasien und Südossetien zeige, aber auch innerhalb Russlands wie z.B. im Nordkaukasus.

**Für die Arbeitsgruppe „Geschichte“ des DRA war die Veranstaltungsreihe „Die Oktoberrevolution und ihre Folgen: Rückblicke auf die Gegenwart“ in vielerlei Hinsicht ein Erfolg. Zum einen konnten neue Erkenntnisse über weniger bekannte Aspekte der Kommunismusforschung diskutiert werden, wodurch den BesucherInnen der fünf Veranstaltungen ein differenzierter Blick auf die vielfältigen Interessenlagen und Angstperzeptionen in Mittel- und Osteuropa im Umgang mit dem kommunistischen Erbe vermittelt wurde. Zum anderen konnte ein Bogen zu den heutigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Realitäten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion geschlagen werden, was eine Prognose für weitere Entwicklungen möglich machte. Schließlich ist die Arbeitsgruppe Geschichte im Laufe des Jahres sehr zusammengewachsen, sodass neue Synergien entstanden und weitere Kooperationsformate angedacht werden.**

Rückblickend sind drei Erkenntnisse besonders hervorzuheben:

**Erstens** ist bei den Diskussionen deutlich geworden, dass die zögerliche Haltung der russischen Regierung gegenüber dem 100-jährigen Jubiläum der beiden russischen Revolutionen besonders mit dem Vorbehalt erklärt werden kann, das mit den Revolutionen verknüpfte emanzipatorische Gedankengut in der breiten Öffentlichkeit zu thematisieren. Der Kreml möchte verhindern, dass sich in Russland ein Nährboden für jene gesellschaftlichen Entwicklungen bildet, die in anderen GUS-Staaten zu so genannten „Farbrevolutionen“ geführt haben (2003 in Georgien, 2004 und 2013 in der Ukraine, 2005 in Kirgisistan). Jedoch nicht nur die russische Regierung tut sich schwer im Umgang mit dem Jubiläum – die damit verbundenen Vorbehalte schei-

nen ein gesamtgesellschaftliches Phänomen zu sein. Menschen in Russland scheinen als überfordert, angesichts der Komplexität der Ereignisse des 20. Jahrhunderts die eigene Geschichte einzuordnen und eine klare Haltung gegenüber den Revolutionen und ihrer Bedeutung einzunehmen. Von daher nehmen nur wenige BürgerInnen Anstoß daran, dass die Regierung das Thema offensichtlich vernachlässigt.

Eine **zweite** wichtige Erkenntnis aus der Veranstaltungsreihe geht mit der von einigen ReferentInnen vorgetragenen These einher, dass die eigentlichen Ziele der Revolution immer noch nicht erreicht seien, da bis heute die russische Gesellschaft von autokratischen Strukturen geprägt sei. Eine nachhaltige Modernisierung sowie ein wirtschaftlicher Aufschwung seien erst möglich, wenn sich rechtsstaatliche Strukturen auf allen gesellschaftlichen Ebenen etabliert hätten. Dadurch, dass Russland sich nicht mit den Themen der Revolutionen auseinandersetze, beraube es sich der Chance, die eigenen Probleme an der Wurzel anzupacken und neue Zukunftsvisionen zu entwickeln. Der Blick der Menschen sei auf „stabilisierende Faktoren“ gerichtet und somit sei die Wiederkehr des Stalin-Kults nur plausibel. Feiertage wie der 4. November (Gedenktag, der sich auf das als „Befreiung“ interpretierte Ende der polnisch-litauischen Besatzung Moskaus im Jahre 1612 bezieht) bzw. der 9. Mai (Sieg über den Faschismus im „Großen Vaterländischen Krieg“) hätten in Russland wieder Konjunktur, da vergangene Erfolge den Menschen mehr Halt gäben als die Beschäftigung mit alternativen Zukunftsideen.

**Drittens** lieferte die Diskussion über den kolonialen Charakter der Sowjetunion überraschende Einsichten. Es gibt keine Übereinkunft darüber, inwiefern die Sowjetunion Züge einer Kolonialmacht aufwies, da u.a. die Tatsache,

dass die Ursprünge von Russland in der Vereinigung von drei historischen Zentren liegen (Kiew, Nowgorod und Moskau), Interpretationsspielraum für die eigentlichen Grenzen des Landes und möglichen Ansprüche auf umliegende Gebiete lassen. Eine tiefere Auseinandersetzung mit der Geschichte des Russischen Reiches ist erforderlich, um die Beziehung zwischen dem Zentrum und der Peripherie in der Sowjetunion – und damit zwischen Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion – zu verstehen. Einigkeit herrscht allenfalls in der Einschätzung, dass der föderale Charakter der Sowjetunion lediglich auf dem Papier bestand und Autonomiebestrebungen der Unionsrepubliken vom Kerngebiet in der Praxis ausgeschlossen waren.

Die Erkenntnisse und gemeinsamen Erfahrungen aus dieser Veranstaltungsreihe möchte die Arbeitsgruppe Geschichte des DRA in weiteren gemeinsamen Projekten vertiefen. Aufgrund der unterschiedlichen akademischen und beruflichen Hintergründe der Gruppenmitglieder sind die Ideen vielfältig und reichen von der Konzeption einer Ausstellung zur sowjetischen Dissidentenbewegung über eine gemeinsame Exkursion nach Moskau und Veranstaltungen u.a. zum Thema "Russlanddeutsche und ihr politisches Verhalten" bis hin zu einer gemeinsamen Veröffentlichung. Im Zentrum wird weiterhin das Anliegen stehen, den Dialog zwischen Russland, anderen Staaten des postsowjetischen Raums und Deutschland hinsichtlich der Geschichtsaufarbeitung aufrechtzuerhalten und zu vertiefen.

---

**AutorInnen:**

Felix Breitzkreuz, Roman Elsner, Alena Epifanova, Anke Giesen, Irina Knyazeva, Tatjana Kuhn, Christoph Meißner, Ragna Vogel

**Satz:**

Benedikt Wohlleben

**Bildnachweis:**

Titel: Demonstration auf dem Nevskij Prospekt 1917, Quelle: Staatliches Museum der politischen Geschichte Russlands, Kapitel 1: Comintern IV, Kapitel 2: Filmplakat Turksib von Semenov-Menes S. A. (1929), Kapitel 3: Keijo Knutas, Kapitel 4: Ryan A. Nelly, Kapitel 5: Andrew Kuznetsov

**Impressum:**

Herausgeber: Felix Breitzkreuz, Roman Elsner, Alena Epifanova, Anke Giesen, Irina Knyazeva, Tatjana Kuhn, Christoph Meißner und Ragna Vogel für die AG Geschichte des DRA e.V., Berlin 2017. ViSdP: Stefan Melle

Diese Broschüre entstand im Rahmen des Projektes „Die Oktoberrevolution und ihre Folgen: Rückblicke auf die Gegenwart“, das durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Rahmen der Projektförderung „Der Kommunismus im 20. Jahrhundert“ gefördert wurde. Wir danken den MitarbeiterInnen des DRA e.V., der Stiftung Aufarbeitung und MEMORIAL Deutschlands e.V. für die engagierte Unterstützung des Projektes. Die Positionen der AutorInnen müssen nicht mit denen des DRA e.V. und der Stiftung Aufarbeitung übereinstimmen.



gefördert von:



